

Zwangsarbeit im Donbass unter stalinistischer und nationalsozialistischer Herrschaft, 1929 bis 1953

Einleitung:

Der Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus

Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme ist in der Geschichtsforschung erneut ein verstärktes Interesse an historischen Vergleichen zwischen der nationalsozialistischen und der stalinistischen Diktatur festzustellen. Zugleich wurden auch ältere Konzepte der Totalitarismustheorie neu diskutiert.¹ Nach wie vor konzentriert sich der Systemvergleich häufig darauf, erstens, im Nationalsozialismus und in der Herrschaft Stalins spezifische Formen einer modernen Diktatur auszumachen und, zweitens, die Singularität des Nationalsozialismus herauszustellen.² Während die groben Strukturen der Systeme hinreichend bekannt sind, wird der Systemvergleich auf der Mikroebene bis heute durch den herrschenden Mangel an Regional- und Lokalstudien zum Stalinismus erschwert.

In der Zwangsarbeiterforschung ist bisher zumeist das besondere und einzigartige der NS-Zwangsarbeit betont worden. Erkenntniserweiternd könnte es jedoch gerade sein, Zwangsarbeit stärker als bisher vergleichend als zentrale Erfahrung der europäischen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu untersuchen. In der Holocaust-Forschung ist ein solcher Ansatz, der die NS-Verbrechen im größeren Kontext von Genoziden und ethnischen Säuberungen im 20. Jahrhundert untersucht, bereits seit einigen Jahren erkennbar.³

Im Folgenden soll das Phänomen der Zwangsarbeit am Beispiel einer Region untersucht werden, die seit dem Beginn der forcierten Industrialisierung in der Sowjetunion 1929 bis zu Beginn der 1950er Jahre in besonderem Maße durch

- 1 Vgl. z. B. Kershaw, I./Lewin, M. (Hrsg.), *Stalinism and Nazism: Dictatorship in Comparison*, Cambridge 1997; Dahlmann, D./Hirschfeld, G., *Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945*, Essen 1999; Beyrau, D., *Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin*, Göttingen 2000; Jesse, E. (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Bonn 1996.
- 2 Vgl. Kershaw, I., *Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft. Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs*, in: E. Jesse (Hrsg.): *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Bonn 1996, S. 213–222.
- 3 Vgl. unter anderen: Naimark, N., „Flammender Hass“. *Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert*, München 2004; Gellately, R./Kiernan, B. (Hrsg.), *The Specter of Genocide. Mass Murder in Historical Perspective*, Cambridge 2003; Weitz, E. D., *A Century of Genocide. Utopias of Race and Nation*, Princeton 2003; Bartov, O., *Mirrors of Destruction: War, Genocide and Modern Identity*, New York 2000.

den Einsatz von unfreier und halbfreier Arbeit geprägt wurde: das im Osten der heutigen Ukraine gelegene Donezbecken, das vor dem Zweiten Weltkrieg das bedeutendste Steinkohlerevier der Sowjetunion war. Die jährliche Kohlenförderung im Donezbecken von 85 Mio. Tonnen machte 1940 über 57 Prozent der sowjetischen Gesamtförderung aus. Insbesondere seit dem Beginn der forcierten Industrialisierung im Rahmen des Ersten Fünfjahresplans (1929 bis 1933) hatte die Region ein bemerkenswertes Wachstum erfahren. Die Bevölkerung wuchs in den Jahren zwischen 1926 und 1939 durch den Zuzug von Arbeitskräften von knapp drei auf fast fünf Millionen an. Innerhalb der Ukraine wies der Donbass am Ende der 1930er Jahre den höchsten Industrialisierungs- und Urbanisierungsgrad auf. Im Bergbau des Donbass herrschte ein ständiger Arbeitskräftemangel, was daran lag, dass die Arbeitsbedingungen besonders schwer, dreckig und gefährlich und die Alltagsbedingungen in den Bergbausiedlungen besonders schlecht waren. Um den wachsenden Bedarf an Arbeitskräften zu decken, setzte das Sowjetsystem in den 1930er Jahren und beim Wiederaufbau in der Nachkriegszeit unterschiedliche Formen von Zwangsmobilisierung und unfreier Arbeit ein. Eine weitere, aber nur zum Teil neuartige, Erfahrung mit Zwangsarbeit machten die Bewohner des Donbass unter der knapp zweijährigen deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg.

Im Vordergrund der folgenden Untersuchung steht die Frage, welche Bedeutung die verschiedenen Formen von Zwangsarbeit für die regionale Entwicklung des Donbass und seiner Bevölkerung besaßen. Zugleich ergibt sich durch die Tatsache, dass die Bevölkerung der Region sowohl unter stalinistischer als auch unter nationalsozialistischer Herrschaft spezifische Erfahrungen mit Zwangsarbeit machte, eine interessante Vergleichsperspektive. Welche Funktionen erfüllte die Zwangsarbeit? Wie waren die Zwangsarbeitergesellschaften aufgebaut, und wie groß war der wirtschaftliche Nutzen des Zwangsarbeitereinsatzes? Diese Fragen sollen im Hinblick auf das Fallbeispiel vergleichend betrachtet werden.

Der Artikel gliedert sich in drei Teile: Zunächst werden verschiedene Formen von Zwangsmobilisierung und Zwangsarbeit unter der Sowjetherrschaft in den 1930er Jahren und in der Nachkriegszeit kurz dargestellt und im Anschluss die Zwangsarbeit unter deutscher Besatzung untersucht. Im dritten Teil werden dann einige vergleichende Schlussfolgerungen vor dem Hintergrund der genannten Fragestellungen gezogen.

Zwangsarbeit und Zwangsmobilisierungen von Arbeitskräften in der Sowjetunion unter Stalin

Die Arbeitsbeziehungen in der Sowjetunion unter Stalin zeichneten sich durch ein vielschichtiges Nebeneinander von Zwängen, Freizügigkeit, Bestrafung und Leistungsmotivation aus. Formal waren alle „freien“ Arbeitskräfte in der Sowjetunion in ihrer Freizügigkeit eingeschränkt. Denn die kurz nach der Oktoberrevolution eingeführte allgemeine Arbeitspflicht begrenzte die Möglichkeiten des einzelnen Arbeiters, das Arbeitsverhältnis selbständig zu beenden, und sah auch

eine zwangsweise Heranziehung zur Arbeit vor. Im Hungerjahr 1932 folgte ein Gesetz zur Arbeitsdisziplin, das den Arbeitsplatzwechsel und die starke Fluktuation der Arbeitskräfte in den Betrieben (insbesondere durch die hungerbedingte Landflucht der Bauern) kontrollieren und unterbinden sollte, jedoch nach der Hungerkatastrophe nicht mehr so rigoros angewendet wurde. Eine erneute Verschärfung der Arbeitsdisziplinengesetze begann 1938 mit der Einführung von Arbeitsbüchern und endete mit dem restriktiven Arbeitsgesetz vom Juni 1940, das eigenmächtige Kündigungen, unerlaubtes Fernbleiben oder Verspätungen zu kriminellen Vergehen erklärte und mit mehrmonatigen Haftstrafen bedrohte.⁴ Es gab unterschiedliche Abstufungen von Unfreiheit, und die Grenzen waren zum Teil fließend.

Zwangsarbeit als Bestrafung: Die Arbeits- und Erziehungslager

Zunächst war Zwangsarbeit im Russischen Reich und später in der Sowjetunion vor allem im strafrechtlichen Kontext bekannt: Im vorrevolutionären Russland bezeichnete die „katorga“ etwa seit Ende des 17. Jahrhunderts die „Zwangsarbeit zu Gunsten des Staates, die von Schwerverbrechern geleistet“ wurde.⁵ Häufig ging die katorga einher mit der Deportation nach Sibirien. Ein systematischer und massenhafter Einsatz von Zwangsarbeit begann in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter Peter dem Großen, der Häftlinge und Kriegsgefangene beim Bau von Festungen, beim Schiffsbau und in Bergwerken verwenden ließ.⁶ Zwangsarbeitslager (lager prinuditel'nych rabot) entstanden in Russland jedoch erst nach der Oktoberrevolution 1917. Die ersten Lager wurden bereits Mitte des Jahres 1918 eingerichtet und erhielten wenig später eine formale rechtliche Grundlage. Diese neue Form des Strafvollzugs sollte auf zwei Prinzipien beruhen: Erstens sollten sich die Lager durch die Arbeitsleistung der Häftlinge wirtschaftlich selbst tragen, und zweitens sollten die Insassen dort eine vollständige Umerziehung erfahren.

In den ersten Jahren der Sowjetmacht wurden die Arbeitslager primär noch als Form der Bestrafung und nur an zweiter Stelle als Wirtschaftsfaktor angesehen. Erst mit Beginn der 1930er Jahre entwickelte sich unter Stalin die Zwangsarbeit immer mehr zum wichtigen Bestandteil des sowjetischen Wirtschaftssystems.⁷ 1930 wurde daher auch die Staatliche Lagerverwaltung (GULag) als eigenständige Behörde eingerichtet, im gleichen Jahr, in dem die International Labour Organisation (ILO) ein „Übereinkommen über die Zwangs- und Pflichtarbeit“ ver-

4 Vgl. Fitzpatrick, S., *War and Society in Soviet Context: Soviet Labor before, during, and after World War II*, in: *International Labor and Working-Class History* 35 (1989), S. 37–52, hier S. 40–41.

5 *Энциклопедический Словарь (Брокгауз' i Efron)*. Bd. 28, St. Petersburg 1895, S. 756–759.

6 Vgl. dazu Kaczynska, E., *Das größte Gefängnis der Welt. Sibirien als Strafkolonie zur Zarenzeit*, Frankfurt, New York 1994, S. 11–25, S. 90–116.

7 Vgl. Ivanova, G. M., *Labor Camp Socialism. The GULAG in the Soviet Totalitarian System*, New York, London 2000; *Sistema ispravitel'no-trudovykh lagerej v SSSR, 1923–1960*. Spravočnik, Moskva 1998.

abschiedete, nach dem „jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird, für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat“, zu verbieten sei.⁸

Die Arbeitslager unter Stalin waren Orte des Massenterrors und zeichneten sich durch „die kalkulierte Inkaufnahme physischer Vernichtung“ und die „Selektion nach Überlebenskraft“ aus.⁹ Wirtschaftlichen Nutzen brachte der Zwangsarbeiter-einsatz dem Sowjetsystem vor allem da, wo in großem Umfang unqualifizierte körperliche Schwerstarbeit anfiel und man freie Arbeitskräfte angesichts widriger klimatischer und anderer Bedingungen nicht ausreichend rekrutieren konnte.¹⁰ Die Zahl der Gulag-Häftlinge stieg nach neuesten Berechnungen in der Forschungsliteratur von 212.000 im Jahre 1930 kontinuierlich bis auf 1,5 Mio 1940 an.¹¹ Hinzu kam die Bevölkerung der Zwangsarbeitskolonien, die von 1933 bis 1941 relativ konstant etwa 400.000 Menschen zählte. In den Kolonien war das Leben etwas leichter als in den Lagern. Dorthin kamen die weniger schwer Straffälligen, die kürzere Strafzeiten abzubüßen hatten. Rechnet man auch die sogenannten Sonderansiedler „specposelency“¹² und die Landwehr (tyloopolčency)¹³ hinzu, so kommt man insgesamt auf eine Zahl von mehreren Millionen Menschen, die in der Sowjetunion der 1930er Jahre Zwangsarbeit leisteten. Im Selbstverständnis des Sowjetstaates war „Zwangsarbeit“ (prinuditel'nyj trud) jedoch eine Erscheinung, die charakteristisch für kapitalistische Gesellschaften war und in einem sozialistischen Staat nicht vorkam.¹⁴

Im Donbass waren 1920 mehrere sogenannte Konzentrationslager der Bergwerke eingerichtet worden. Dorthin wurden Bergleute, die gegen die Arbeitsdisziplin verstoßen hatten und von Disziplinargerichten der Gewerkschaft verurteilt worden waren, zu einer bis zu sechsmonatigen Zwangsarbeit und Umerziehung verschickt. In der kurzen Zeit ihrer Existenz von November 1920 bis Oktober

8 Vgl. Abkommen der Internationalen Arbeitskonferenz über Zwangs- und Pflichtarbeit vom 28.6.1930, Artikel 2.

9 Hildermeier, M., *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 526–527.

10 Vgl. ebenda, S. 530.

11 Vgl. Rosefielde, S., *Stalinism in Post-Communist Perspective. New Evidence on Killings, Forced Labour and Economic Growth in the 1930s*, in: *Europe-Asia Studies* 48 (1996) H. 6, S. 959–987, hier S. 987 und Wheatcroft, S. G., *Ausmaß und Wesen der deutschen und sowjetischen Repressionen und Massentötungen 1930 bis 1945*, in: *Dahlmann/Hirschfeld*, S. 67–109, hier S. 87–96.

12 Die specposelency waren zunächst überwiegend Bauernfamilien, die im Zuge der Kollektivierung und Entkulakisierung in entlegenen Gebieten des Landes angesiedelt wurden. Ihre Zahl betrug 1930 bis 1931 nach jüngsten Archivfunden etwa 1,8 Mio. Menschen. Später wurde diese Kategorie zudem auf einzelne deportierte und in besonderem Maße repressierte Nationalitäten ausgedehnt. Vgl. dazu Wheatcroft, *Ausmaß und Wesen*, S. 93–96.

13 Das waren Jugendliche aus „klassenfremden Schichten der Bevölkerung“, die anstelle der Einberufung zur Armee schwere körperliche Arbeiten leisten mussten. Vgl. Tjurina, E. A., *Die Rolle der Zwangsarbeit in der Wirtschaft der UdSSR. Eine Quellenanalyse*, in: *Dahlmann/Hirschfeld*, S. 267–278, hier S. 267.

14 Vgl. dazu den Eintrag unter dem Stichwort „Zwangsarbeit“ (prinuditel'nyj trud) in: *Bol'shaja Sovetskaja Ėnciklopedija*, T. 20, (3. Aufl.) Moskva 1975, S. 588.

1921 wies man etwa 420 Menschen in diese Lager ein. Das Kontingent der Lagerinsassen blieb somit vergleichsweise klein.¹⁵ Ansonsten wurden im Bergbau des Donbass in den 1930er Jahren keine Häftlinge beschäftigt, wie überhaupt in der Ukraine nur sehr wenige Arbeitshäftlinge eingesetzt wurden.¹⁶ Ein Vorschlag der Bergleute-Gewerkschaft, zur Behebung des Arbeitskräftemangels im Donbass 50.000 bis 60.000 ehemalige Kulaken zu beschäftigen, denen nach einer bestimmten Beschäftigungsdauer die Wiedererlangung der vollen Bürgerrechte in Aussicht gestellt werden sollte, wurde nicht realisiert.¹⁷ Darin bestand ein grundlegender Unterschied zu den weiter östlich gelegenen Bergbauregionen: Im Bergbau des Kuzbass beispielsweise stellten zwangsdeportierte Kulaken 1937 mit über 15.000 Köpfen fast ein Drittel der Belegschaft. Hinzu kamen weitere 2.285 Lagerhäftlinge.¹⁸ Etwa die Hälfte der deportierten Kulaken der frühen 1930er Jahre wurde im Ural, Sibirien und anderswo zur Arbeit eingesetzt.¹⁹ Ihr Status war der von Halbfreien: Offiziell galten sie als freie Bürger und bekamen den normalen Lohn ausbezahlt. Aber es war ihnen verboten, ihren neuen Wohnort zu verlassen.²⁰

Zwangsmobilisierungen „freier“ Arbeitskräfte im Ersten Fünfjahresplan

Mit Beginn des Ersten Fünfjahrplans unter Stalin erfuhr der Sowjetstaat eine scharfe Zäsur des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Systems: Mit Hilfe einer zentralen Planwirtschaft, der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und einer Industrialisierung „mit der Brechstange“ sollte die jahrhundertealte Rückständigkeit des Landes überwunden und der Weg zum Sozialismus geebnet werden.²¹ All diese Prozesse brachten eine weitreichende Transformation der Gesellschaft mit sich: Laut Volkszählungsdaten von 1926 und 1939 stieg die Zahl der Arbeitskräfte, die nicht in der Landwirtschaft beschäftigt waren, von 11,6 auf 38,9 Millionen an, während zugleich die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft von 62 auf 48 Millionen abnahm. In der Industrie verdreifachte sich die Zahl der Arbeitskräfte. Vor allem während des ersten Fünfjahrplans (1928 bis 1932) stieg die Zahl der Industriearbeiter von 3,1 auf 6,0 Millionen an. Bis 1937 erfolgte ein wei-

15 Vgl. V.N. Nikol'skij: *Disciplinarnye tovariščeskie sudy i koncentracionnye lagerja v Donbasse v 1920-čh gg.*, in: *Pravda čerez gody* H. 4 (2000), S. 40–53.

16 Vgl. Zemskov, V.N., *Specposelency v SSSR 1930–1960*, Moskva 2003, S. 49–50.

17 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 20, D. 4221, Bl. 16–19.

18 Vgl. RGAĖ, F. 7566, Op. 1, D. 3241, Bl. III–III2.

19 Eine jüngere russische Dissertation von Rašid Bikmetov untersucht den Einsatz von Kulaken als Zwangsarbeiter im Kuzbass-Bergbau.

20 Vgl. Fitzpatrick, *War and Society*, S. 37–52.

21 Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans sind in der westlichen Forschung lange Zeit kontrovers diskutiert worden. Vgl. für einen Forschungsüberblick: Siegelbaum, L.H./Suny, R.G., *Conceptualizing the command economy. Western historians on Soviet industrialization*, in: Rosenberg, W.G./Siegelbaum L.H. (Hrsg.), *Social dimensions of Soviet industrialization*, Bloomington, Indianapolis 1993, S. 1–14.

terer Zuwachs auf 7,9 Millionen und bis 1940 auf 8,2 Millionen. Die industrielle Expansion ging einher mit rasanten Urbanisierungsprozessen: So wuchs in dem Zeitraum zwischen 1926 und 1939 die Stadtbevölkerung von 26 auf insgesamt 56 Millionen Menschen an.

Auch die Struktur der Arbeiterschaft wandelte sich: Waren die neuen Arbeiter bis Ende der 1920er Jahre zum größten Teil aus den Reihen der städtischen Arbeiterschaft rekrutiert worden, so wurde mit Beginn des Ersten Fünfjahrplans das Land zur wichtigsten Quelle für neue Rekrutierungen. Am Ende des ersten Fünfjahrplans kamen nach Schätzungen von Gosplan über zwei Drittel der neuen Arbeiter vom Lande. Zugleich zeichnete sich ein starker Anstieg der Frauenarbeit ab: Waren 1928 nur etwa 29 Prozent aller Beschäftigten Frauen, so betrug ihr Anteil 1940 bereits 40 Prozent. 1939 stellten Frauen über 43 Prozent aller Industriearbeiter.²²

Als sich mit der fortschreitenden industriellen Expansion im Donbass-Bergbau ein wachsender Arbeitskräftemangel abzeichnete, begann das Volkskommissariat für Arbeit (Narkomtrud) der Ukraine seit der zweiten Jahreshälfte 1930 erstmals, massenhafte Anwerbungen von Kolchos-Bauern auf dem Land sowie (in geringerem Maße) von Komsomolzen zu organisieren. Bis dahin war der Arbeitskräftebedarf im Bergbau überwiegend durch die unorganisierte Zuwanderung aus der Stadt und vom Lande gedeckt worden. Von September 1930 bis April 1931 gelang es Narkomtrud, etwa 100.000 Arbeitskräfte aus der Ukraine und aus Russland für den Bergbau bereit zu stellen. Knapp 82.000 von ihnen waren bereits in den ersten drei Monaten von September bis Dezember 1930 rekrutiert worden – 50.000 kamen aus der Ukraine und 32.000 aus Russland und Weißrussland. Die Anwerbungen wurden begleitet von einer groß angelegten Propagandakampagne unter dem Motto: „Kolchozniki eilt dem Donbass zur Hilfe!“ Zudem war das Narkomtrud vom ZK der Partei angewiesen worden, etwa 15.000 ehemalige Bergleute, die in ländliche Regionen des Donbass abgewandert waren, im März und April 1931 in die Bergwerke zurückzuführen. Diese Kampagne zeigte jedoch nur geringe Erfolge.²³

Insgesamt wuchs die Belegschaft des Bergbaus in den Jahren von 1928 bis 1933 von 190.000 auf 294.000 Köpfe an. Dennoch blieb der Arbeitskräftemangel im Bergbau weiterhin immens. Laut Berichten der GPU herrschte in der Landbevölkerung vielfach eine starke Abneigung gegen die Arbeit im Bergbau vor. Abschreckend wirkten zum einen die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen: Die großartigen Versprechungen der Werber erwiesen sich für die Neuankömmlinge als falsch, und die vertraglich vereinbarten Bedingungen wurden häufig nicht erfüllt. Die Unterbringung erfolgte überwiegend in Wohnheimen, die oft

22 Vgl. Davies, R. W./Harrison, M./Wheatcroft, S. G. (Hrsg.), *The economic transformation of the Soviet Union. 1913–1945*, Cambridge 1994, S. 85–99; Hildermeier, M., *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 367–434.

23 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 20, D. 4221, Bl. 35–52.

in sehr schlechtem Zustand waren. Manchmal erhielten die Bewohner dort noch nicht einmal ein eigenes Bett und Bettwäsche. Die neuen Arbeitskräfte besaßen zumeist keine Ausbildung und wurden zu unqualifizierten Arbeiten eingesetzt. Die einzige Vorbereitung auf die gefährliche Arbeit untertage bestand darin, dass man ihnen die allgemeinen Sicherheitsregeln vorlas. Auch bei der Versorgung mit Arbeitskleidung gab es große Defizite. Untertage herrschte eine klare hierarchische Trennung zwischen den neuen Arbeitskräften und den erfahrenen Stammbesetzungen. Nicht selten kam es vor, dass die Neuankömmlinge von den Vorarbeitern gedemütigt wurden.²⁴ Aufgrund des „Fehlens der minimalsten Wohn- und Lebensbedingungen“ – wie die Bergleutegewerkschaft konstatierte – versuchte ein Großteil der Angeworbenen schnell wieder abzuwandern.²⁵ Laut einem Stimmungsbericht der GPU erklärte eine Bäuerin beispielsweise: „Die Kinder der Arbeiter haben aufgeblähte Bäuche vor Hunger, und ihr kommt hierher, um zu agitieren. Die Arbeiter quält ihr auf der Arbeit, die Kinder lasst ihr verhungern, den Arbeitern gebt ihr nichts und uns sagt ihr, dass sie gut leben.“ Oder ein Bauer äußerte: „Uns wird das Fell über die Ohren gezogen, gib Brot her, gib alles her. Früher hat man uns in die Kolchosen getrieben und jetzt treibt man uns ins Bergwerk wie Hunde. [...] Die Arbeiter flüchten aus der Industrie, weil sie das Nötigste nicht bekommen, deshalb kommen sie hierher. Und wir, sind wir etwa Idioten, dass wir gehen?“ Zum anderen waren auch alte Ängste vor der Untertagearbeit mit Maschinen in der Landbevölkerung verbreitet. Beispielsweise wird der Kolchosnik Lukinov im GPU-Bericht zitiert: „Wir werden nur im Bergwerk arbeiten, wenn man uns gefesselt dorthin schleppt. [...] Besser übertage, auch wenn es dreimal so schwer wird, aber ins Bergwerk gehe ich nicht. Im Bergwerk wird die Kohle mit der Maschine gehauen, und da kommst Du mit Sicherheit in die Maschine.“²⁶

Die Frage, inwieweit die Arbeitskräfteanwerbungen freiwillig oder unter Zwang erfolgten, ist schwer zu beantworten. Der Anteil der vollkommen unfreiwilligen Deportationen vom Lande im Zuge der Kulakenverfolgung machte zwischen 1928 und 1932 lediglich etwa fünf bis sieben Prozent der gesamten Abwanderung aus, und die gewaltsam deportierten Kulaken wurden auch nicht als Arbeitskräfte im Donbass-Bergbau eingesetzt. Aber wie Sheila Fitzpatrick gezeigt hat, gab es zwischen der gewaltsamen Deportation und der völlig freiwilligen Abwanderung von jungen Bauern, die in der Industrie ihr Glück versuchen wollten, eine beachtliche Grauzone. So ist anzunehmen, dass reichere Bauern in einer Vorahnung auf die Kulakenverfolgung in die Städte abwanderten oder im Zuge der Kulakenverfolgung in die Städte flüchteten, bevor sie in entlegene Gegenden zwangsdeportiert oder auf minderwertiges Land zwangsumgesiedelt werden konnten. Fitzpatrick geht davon aus, dass bei der Massenabwanderung vom Land während des ersten Fünfjahresplans die push-Faktoren die pull-Faktoren überwogen und dass zahl-

24 Vgl. GARE, F. 7416, Op. 1, D. 194, Bl. 1–39.

25 Vgl. GARE, F. 7416, Op. 1, D. 102, Bl. 38.

26 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 20, D. 4221, Bl. 88.

reiche neue Industriearbeiter ehemalige Kulaken waren, die auf diese Weise versuchten, ihre soziale Herkunft zu verbergen.²⁷ Zudem konnten die Kolchozniki aufgrund einer gemeinsamen Verordnung der Volkskommissariate für Arbeit und für Landwirtschaft vom 3. März 1930 als Arbeitskräfte für die Industrie zwangsangeworben werden. Wer von den Mitgliedern der Kollektivwirtschaften auf diese Weise als Arbeiter abkommandiert werden sollte, bestimmte die Leitung der Kolchose. Es gab nicht wenige Fälle, in denen die Leitung der Kolchosen die Bauern unter Androhung hoher Strafen zur Arbeit in der Industrie verdingten.²⁸

Arbeitskräfte aus der Westukraine 1939

Weitere neue Kontingente von Arbeitskräften für den Bergbau erschloss der Hitler-Stalin-Pakt 1939. Nach dem Anschluss der Westukraine und Weißrusslands 1939 ließ die Sowjetmacht in vier großen Deportationswellen Menschen ins Innere der UdSSR abtransportieren. Die erste Deportation im Februar 1940 betraf ehemalige polnische Soldaten und Zivilpersonen, die sich in den 1920er und 1930er Jahren in den Ostgebieten der polnischen Republik angesiedelt hatten. Sie galten für die Sowjetmacht als besonders gefährlich. Etwa 140.000 Menschen wurden aus der Westukraine und aus Weißrussland nach Sibirien deportiert. Die zweite Deportation im April 1940 umfasste die Familien verurteilter Straftäter, über 61.000 Menschen. Die dritte Deportation, die im Juni 1940 begann, betraf in erster Linie Kriegsflüchtlinge, zumeist Juden, die vor der deutschen Besatzung geflohen waren. Von ihnen wurden etwa 78.000 nach Sibirien gebracht. Eine vierte Deportation folgte im Mai 1941. Diesmal handelte es sich um „politisch schädliche Elemente“, wie Mitglieder konterrevolutionärer Organisationen, ehemalige Polizisten, Großgrundbesitzer, Kaufleute und Fabrikanten und ihre Familienangehörigen (12.371 Menschen aus der Westukraine). In Sibirien wurden die Arbeitskräfte zum größten Teil (77 Prozent) in der Holzindustrie eingesetzt.²⁹ Daneben hatte man bereits im November 1939 begonnen, Flüchtlinge und Arbeitslose aus

27 Vgl. Fitzpatrick, *The great departure*, S. 24–27.

28 Manchmal versuchten die Kolchosleitungen, die selbst nicht an einem Verlust an Arbeitskräften interessiert waren, die Anwerbungen aber auch zu erschweren. Beispielsweise wiesen sie die Bauern an, sofort zurückzukehren oder für jeden Tag Abwesenheit 10 Rubel Strafe zu zahlen oder 80 Prozent ihres Lohnes an die Kolchose abzuführen. Oder sie drohten mit der Beschlagnehmung des Vermögens und dem Ausschluss aus der Kolchose. Vgl. Schwarz, S., *Der Fünfjahrplan und die russische Arbeitsmarktpolitik*, in: *Internationale Rundschau der Arbeit*, H. 4 (1933), S. 324–348.

29 Bis April 1941 waren über 210.000 Menschen aus der Westukraine und Weißrussland in Lager des Gulag in Sibirien, Kazachstan, im Wolgagebiet, im Ural und im europäischen Norden der Sowjetunion deportiert worden. Von den Deportierten waren 117.000 Polen, 64.000 Juden und 13.000 Ukrainer. Vgl. Roman, W. K., *Die sowjetische Okkupation der polnischen Ostgebiete 1939 bis 1941*, in: Chiari, B. (Hrsg.), *Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg*, München 2003, S. 87–109; *Deportacii zachidni zemli Ukraïny kincaja 30-ch – počatku 50-ch rr. Dokumenty, materialy, spohady u tr'och tomach*, T. 1, 1939–1945, L'viv 1996, S. 10; Zemskov, *Specposelency*, S. 83–92.

der Westukraine als Arbeitskräfte für den Donbass und andere ukrainische Regionen zu rekrutieren. Von 1939 bis 1940 wurden über 35.000 Arbeitskräfte aus der angeschlossenen Westukraine, der Bukovina und Bessarabien in den Bergbau des Donbass gebracht.³⁰ Sie waren von Werbern aus dem Donbass vor Ort angeworben worden und mussten Arbeitsverträge für längere Zeiträume unterschreiben. Die neuen Arbeitskräfte kamen zumeist freiwillig, bedingt durch die fehlende Existenzgrundlage in ihrer Heimat. Einer der Werber berichtete vor dem Parteikomitee in Stalino: „Sie kamen gruppenweise zu uns – 20.000 Menschen kamen und baten uns, sie für die Arbeit im Bergwerk zu nehmen, nur im Bergwerk. Denn Arbeitslosigkeit ist eine schlimme Sache. Sie waren in einer schrecklichen Lage und baten um jede beliebige Arbeit. Vier Tage lang warteten 20.000 Menschen vor dem Zaun im Dreck, dass wir sie empfangen, sie fingen Streitereien an, jeder wollte als erster dran kommen.“³¹

Die Anwerbungen verfolgten verschiedene Ziele: Erstens sollten sie zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in den angeschlossenen Gebieten beitragen und zweitens den Arbeitskräftemangel im Donbass beseitigen. Drittens sollten sie die Sowjetisierung der Bevölkerung in den neu angeschlossenen Gebieten fördern, und viertens waren es häufig „klassenfremde Elemente“, die deportiert wurden und von denen die neuen Gebiete auf diesem Wege „gesäubert“ wurden. Die Angeworbenen waren zum größten Teil Juden. Die meisten hatten noch nie zuvor im Bergbau gearbeitet. Sie waren von Beruf Friseure, Schneider, Juweliere, Händler, Handwerker, Musikanten und anderes. Viele waren Analphabeten und konnten sich nur in ihren nicht-russischen Muttersprachen verständigen.

Zunächst erwartete die Angeworbenen ein kolossaler Empfang, wie einer der Deportierten am 10. November 1939 an seine Angehörigen in L'viv berichtete: „Wir fuhren fünf Tage und vier Nächte. Endlich kamen wir in der Stadt Makeevka an. Ein Orchester erwartete uns, und wir gingen mit ihm in die Stadt, wo die Arbeiter des Donbass eine Ansprache hielten. Dann brachten sie uns mit dem Auto zur Unterkunft. Dann fuhren wir zum Waschhaus. Und das ist noch nicht alles. Als wir mit dem Baden fertig waren, führten sie uns zum Mittagessen. Und was das für ein hervorragendes Mittagessen war, lässt sich nicht beschreiben.“³² Ein anderer schrieb an seine Frau: „Wir wurden mit einer unbeschreiblich großen Freude empfangen. Wir wurden aufgenommen wie die liebsten Brüder.“³³ Die lokale Presse tat das ihrige, um die Integration der Neuankömmlinge zu fördern. Als die erste Gruppe von 708 Arbeitskräften für den Bergbau am 24. Oktober aus L'viv in Stalino eintraf, schrieb der *Socialističeskij Donbass*: „Die Arbeiter des Bergwerks begrüßten ihre teuren Brüder, die von der roten Arbeiter- und Bauernarmee vom polnischen Herrenjoch befreit worden waren, mit außerordentlicher

30 Vgl. DADO, F. 326, Op. 1, D. 1482, Bl. 3–9; D. 1731, Bl. 6.

31 DADO, F. 326, Op. 1, D. 1491, Bl. 15.

32 Es handelt sich um einen Brief, der von der sowjetischen Zensur abgefangen wurde. Vgl. GARE, F. 5481, Op. 13a, D. 656, Bl. 74–75.

33 GARE, F. 5481, Op. 13a, D. 656, Bl. 76.

Wärme.“³⁴ Zu Integrations- und Sowjetisierungszwecken nutzte die Propaganda zum einen Motive ethnischer Unterdrückung, wenn sie Schicksale jüdischer und ukrainischer Arbeiter in der Westukraine aufgriff, die aufgrund ihrer ethnischen Herkunft dort diskriminiert worden waren. Zum anderen zeigte sie den neuen Arbeitskräften die bewährten sozialen Aufstiegsmuster im Sowjetsystem auf, die auf besonders guten Arbeitsleistungen beruhten. So heißt es in einem vermutlich fingierten Brief eines Arbeiters, der 1940 in der Bergwerkszeitung *Za ugol'* abgedruckt wurde: „Es ist über ein Jahr vergangen seit dem historischen Zeitpunkt, als die Rote Armee uns Westukrainer und westliche Weißrussen vom Joch im herrschaftlichen Polen befreit hat. Und schon über ein Jahr bin ich nun Bürger des großartigen Landes des Sozialismus und arbeite in einem sozialistischen Bergwerk. [...] Ebenso wie viele andere Arbeiter trage ich heute den Titel des Stachanov-Arbeiters, und das erfüllt mich mit Ehre und Stolz. Mein Leben wurde freudig und leicht.“³⁵

Aber in der Realität kam es für die Neankömmlinge schon bald zu großen Enttäuschungen. In einem von der Zensur abgefangenen Brief schrieb ein jüdischer Arbeiter am 7. Dezember 1940 an seine Frau: „Ich muss das ganze Jahr hier bleiben. Ich habe es mir ganz anders vorgestellt. Ich dachte, dass ich in meinem Beruf arbeiten werde und gleichzeitig einen anderen guten Beruf erlernen werde, um Dir ein ruhiges Leben zu sichern. Aber es kam ganz anders. Ich muss im Bergwerk arbeiten, wo ich kaum den Lebensunterhalt verdiene. [...] Viele sind schon von hier weggelaufen, aber ich weiß nicht, was mit ihnen unterwegs passiert ist, ob sie ohne Pass bis nach L'viv gekommen sind.“³⁶ Vielfach belastete es die Angeworbenen, dass sie von ihren niedrigen Löhnen die daheimgebliebenen Angehörigen nicht unterstützen konnten. Sie beklagten in ihren Briefen, dass im Donbass alles deutlich teurer sei als in der Westukraine. Angesichts der sehr schweren Arbeits- und Lebensbedingungen im Bergbau versuchten viele der Angeworbenen, schnell wieder zu flüchten.³⁷ Die Abwanderung der neuen Arbeitskräfte wuchs insbesondere nach der Verschärfung der Arbeitsgesetze 1940 und erreichte zeitweise 100 Prozent.³⁸

In den Betrieben standen die neuen Arbeitskräfte am unteren Ende der Hierarchie. Es kam vor, dass die Vorarbeiter sie bei der Berechnung der Leistungslöhne übervorteilten und die erzielten Leistungen den alten Stammebelegschaften anrechneten. Häufig wurden sie für die unangenehmsten Arbeiten eingeteilt.³⁹ Lohn und Zufriedenheit der neuen Arbeitskräfte hingen oft von ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit und von ihren früheren Berufserfahrungen ab. Den meisten jü-

34 *Socialističeskij Donbass*, 26. Oktober 1939, S. 3.

35 *Za ugol'*, 7. November 1940.

36 GARF, F. 5481, Op. 13a, D. 656, Bl. 97–98.

37 Vgl. Sujusanov, L. I., *Vychidci iz zachidnoï Ukraïny, pivničnoï Bukovyny i Besarabii na šachtach Donbasu (versen' 1939 – červen' 1941)*, in: *Novi storinky istorii Donbasu*. Stati, knyha 7, Donec'k 1999, S. 153–160.

38 Vgl. DADO, F. 326, Op. 1, D. 1731, Bl. 1–80.

39 Vgl. DADO, F. 326, Op. 1, D. 1491, Bl. 1–82.

dischen Arbeitskräften, die früher als Händler und Handwerker gearbeitet hatten, fiel die Arbeit im Bergwerk schwer. Unter den Angeworbenen gab es aber auch solche, die die Norm übererfüllten und zu „Stachanov-Arbeitern“ aufstiegen.

Zwangsmobilisierung von „freien Arbeitskräften“ in der Nachkriegszeit

Eine erneute Welle von Zwangsmobilisierungen „freier“ Arbeitskräfte folgte nach der Befreiung des Donbass 1943. Um die stark zerstörten Bergwerke wiederaufzubauen, wurden bis zum 1. April 1944 in der Ukraine über 140.000 Arbeitskräfte mobilisiert. Die Angeworbenen kamen etwa zur Hälfte aus dem Donbass.⁴⁰ Etwa 15 Prozent der Neuankömmlinge wanderten sofort wieder ab. Die Gründe für dieses sogenannte Desertieren (dezertirstvo) lagen nach Ansicht der sowjetischen Behörden vor allem in den sehr schlechten Lebensbedingungen in den Bergbausiedlungen. In einem Bericht des ukrainischen Parteikomitees heißt es dazu: „Aus den zahlreichen Beispielen über den Zustand der Alltagsbedingungen der Arbeiter, die in Wohnheimen leben, wird folgende Tatsache angeführt: Beim Besuch des Arbeiterwohnheims Nr. 2 beim Bergwerk Nr. 12 stellte der Bergwerksdirektor Genosse Makarov folgendes fest: Das Wohnheim ist sehr dreckig. Es fehlen Eimer und Waschbecken. Es gibt keine Kessel zum Wasserkochen oder Becher zum Trinken von Wasser. Das Reinigen der Wäsche wurde nicht organisiert und die Arbeiter sind gezwungen, in der gleichen Wäsche zu schlafen, in der sie arbeiten. Es wird keine Seife ausgegeben, und die Arbeiter waschen sich eineinhalb bis zwei Monate nicht. Es gibt keine Bettwäsche. Die Arbeiter schlafen auf den nackten Brettern.“⁴¹ Außerdem kamen Lohnzahlungsrückstände von über zwei Monaten ebenso wie massenhafte Übervorteilung der neuen Arbeitskräfte bei der Berechnung ihrer leistungsabhängigen Löhne vor. Ein großer Teil der Zwangsangeworbenen waren Frauen. 1946 befanden sich unter den 250.000 Beschäftigten im Donbass-Bergbau etwa 100.000 Frauen.

In der Folge begannen die Sowjetbehörden einen harten Kampf gegen die Deserteure zu führen. Tausende von „Bummlern“ (progul'sčikov) und „Deserteuren“ (dezertirov) wurden festgenommen und von Militärtribunalen zu Freiheitsstrafen von fünf Jahren und länger verurteilt.

40 Vgl. RGAĖ, F. 8225, Op. 1, D. 1147, Bl. 1–2.

41 CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 903, Bl. 194.

Reparationen und Wiedergutmachung durch Zwangsarbeit

In der Nachkriegszeit kamen im Donbass die bisherigen Erfahrungen von Zwangsarbeit und Deportation in vielfacher Weise gebündelt zum Tragen. Neue große Kontingente unfreier Arbeitskräfte wurden in die Region gebracht, darunter erstmals auch eine große Zahl von Ausländern. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um drei Gruppen: Zu den ausländischen Arbeitskräften zählten, erstens, etwa 82.000 westliche, zum größten Teil deutsche, Kriegsgefangene, und, zweitens, eine etwa gleich große Zahl sogenannter internierter und mobilisierter deutscher Zivilisten. Letztere waren überwiegend „Volksdeutsche“, die aus Ost- und Südosteuropa in die Sowjetunion verschleppt worden waren. Zum Dritten mussten auch bis zu 100.000 aus dem Westen repatriierte Sowjetbürger in den Bergwerken des Donbass Zwangsarbeit leisten. Dazu zählten vor allem sowjetische Kriegsgefangene und „Ostarbeiter“, die nach Deutschland verschleppt worden waren, aber auch Sowjetbürger, die in den besetzten Gebieten beispielsweise als Hilfspolizisten oder Starosty mit den deutschen Besatzungsorganen zusammengearbeitet oder in deutschen Kampfverbänden gedient hatten. In einzelnen Bergwerken bestand die Belegschaft im Oktober 1945 zu 80 Prozent aus unfreien Arbeitskräften. Während der Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen und Internierten vor allem unter dem Motto „Reparationen durch Arbeit“ stand, stellte die Zwangsarbeit der Repatriierten – nach Ansicht der sowjetischen Regierung – eine Wiedergutmachung ihrer persönlichen Schuld gegenüber der Heimat dar.⁴²

Der Arbeitseinsatz dieser Gruppen unfreier Arbeitskräfte in der Sowjetunion ist von der historischen Forschung bisher noch kaum untersucht worden, was vor allem auf den fehlenden Aktenzugang in den russischen Archiven zurückzuführen ist, die bis in die 1990er Jahre für ausländische wie einheimische Historiker geschlossen waren. Die näheren Umstände der Zwangsarbeit von Deutschen in der Sowjetunion kennen wir daher überwiegend aus der umfangreichen Erinnerungsliteratur der Heimkehrer. Neue Erkenntnisse über die Organisation der Sowjetischen Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (GUPVI) verdanken wir vor allem der Mitte der 1990er Jahre erschienenen Studie von Stefan Karner.⁴³ In der Sowjetunion war das Thema absolut tabuisiert. Mittlerweile sind jedoch auch in Russland und der Ukraine erste Arbeiten zum Thema erschienen.⁴⁴

42 Auch im polnischen Bergbau waren in der Nachkriegszeit Zwangsarbeiter, vor allem zivile Reichs- und Volksdeutsche, Kriegsgefangene und auch politische Häftlinge, eingesetzt worden. Vgl. Paschenda, K./Smolorz, R., Zwangsbeschäftigte im polnischen Bergbau 1945–1956, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 49 (2001), S. 389–409.

43 Vgl. Karner, S., *Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956*, München 1995.

44 Vgl. Poljan, P., *Ne po svoej vole ... Istorija i geografija prinuditel'nych migracij v SSSR*, Moskau 2001, S. 191–238; Konasov, V. B./Tereščuk, A. V., „Budut nemedlenno peredany sudu voennogo tribunala ...“, in: *Russkoe prošloe* H. 5 (1994), S. 318–337; Knyševskij, P. N., *Gosudarstvennyj komitet oborony. metody mobilizacii trudovyh resursov*, in: *Voprosy istorii* H. 2 (1994), S. 53–65; Semirjaga, M., *Prikazy o kotorych my ne znali. Stalin chotel vyvezti iz Germanii v SSSR vsech trudospobnyh nemcev*, in: *Novoe vremja* H. 15 (1994), S. 56–57; Čuchin, I. I., *Internirov-*

Unter den unfreien Arbeitskräften existierte eine regelrechte Hierarchie. Am unteren Ende dieser Hierarchie standen die „internierten und mobilisierten Deutschen“. Laut Angaben der GUPVI betrug deren Zahl knapp 272.000. Dabei unterschieden die sowjetischen Behörden zwei Gruppen von internierten Deutschen: erstens Bürger deutscher Nationalität („Volksdeutsche“), die in Ost- und Südosteuropa mobilisiert worden waren. Sie zählten zur Gruppe G „internierte-mobilisierte“ und stellten mit über 205.000 Menschen den Großteil der Internierten. Zur zweiten Gruppe mit der Bezeichnung „B“ – „internierte-arrestierte“ – gehörten die aus dem ehemaligen Reichsgebiet mobilisierten – überwiegend – deutschen Staatsbürger. Ihre Zahl war mit 66.000 deutlich geringer. Etwa 112.000 Internierte kamen aus Südosteuropa; der größte Teil aus Rumänien (knapp 70.000) und Ungarn (etwa 32.000). Weitere 78.000 Deutsche wurden aus Oberschlesien und Ostpreußen verschleppt. Drei Viertel aller Internierten wurden bis Ende 1949 repatriiert. Zuerst waren die Internierten mit der geringsten Arbeitsleistung – unheilbar Kranke und Invaliden, ältere Arbeiter, Schwangere und Frauen mit Säuglingen – in die Heimat zurückgeschickt worden. Fast ein Viertel aller Internierten fand in der Sowjetunion den Tod. Dabei lag die Todesrate bei den deutschen Staatsbürgern in der Gruppe „B“ mit 38 Prozent doppelt so hoch wie bei den „Volksdeutschen“ der Gruppe „G“. In diesen Zahlen sind allerdings diejenigen, die von der GUPVI gar nicht erst erfasst wurden, weil sie bereits auf den oft wochenlangen Transporten in die Sowjetunion umkamen, nicht mitenthalten.⁴⁵

Die Internierung der Deutschen durch die sowjetischen Behörden begann auf der Grundlage einer Verordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees (GKO) vom 16. Dezember 1944 (Nr. 7161ss). Darin wurde die Mobilisierung, Internierung und Verschickung zur Arbeit in die Sowjetunion aller arbeitsfähigen deutschen Männer im Alter von 17 bis 45 und Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren aus Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei bestimmt.⁴⁶ Im Februar 1945 folgte eine weitere Verordnung, die an der weißrussischen und ukrainischen Front die Mobilisierung aller arbeits- und wehrfähigen deutschen Männer im Alter zwischen 17 und 50 Jahren vorsah. Die Männer sollten in Arbeitsbataillonen beim Wiederaufbau der sowjetischen Industrie, vor allem in der Ukraine und in Weißrussland, eingesetzt werden.⁴⁷ Während die Internierungen in Ost- und Südosteuropa vor allem unter dem Motto „Reparationen durch Arbeit“ standen und den sowjetischen Behörden zur Deckung des enormen Arbeitskräftebedarfs beim Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft dienten, verfolgten

annaja Junost'. Istorija 517-go lagerja internirovannyh nemok HKVD SSSR, Moskau-Petrozavodsk 1995; Čajkovskij, A. S., Plen za čužie i svoi grechi. Voennoplennye i internirovannye v Ukraine 1939–1953gg., Kiev 2002.

45 Vgl. Karner; Poljan, P. M., Westarbeiter. Reparationen durch Arbeitskraft. Deutsche Häftlinge in der UdSSR, in: Dahlmann/Hirschfeld, S. 337–367.

46 Vollständiger Wortlaut des Dokuments in: Poljan, Ne po svoej vole, S. 201–203.

47 Vgl. Bugaj, Mobilizovat' nemcev, S. 97–98; Čajkovskij, A. S., Plen za čužie i svoi grechi. Voennoplennye i internirovannye v Ukraine 1939–1953gg., Kiev 2002, S. 55.

die Internierungen im deutschen Reichsgebiet auch sicherheitspolitische Ziele. Man versuchte auf diese Weise, die von der Roten Armee besetzten Gebiete von „feindlichen Elementen“ zu säubern. Unter dem Schlagwort der „Entnazifizierung“ wurden dabei manchmal auch Menschen verfolgt, die schon Opfer der NS-Diktatur gewesen waren.

Im Folgenden wird näher auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Internierten im Donezbergbau eingegangen, in dem ein Großteil der internierten Deutschen zum Einsatz kam.⁴⁸ Etwa 40 bis 50 Prozent der 83.000 Internierten, die dem Bergbau bis zum April 1945 überstellt wurden, waren Frauen. Die Internierten wurden in sogenannte Arbeitsbataillone eingeteilt, die jeweils aus 750 bis 1.200 Personen bestanden. Sie waren isoliert von der einheimischen Bevölkerung in bewachten Lagern hinter Stacheldraht untergebracht.⁴⁹

NKVD-Berichte zeugen von den Lebensumständen der Internierten, die, wie bei mehrfachen Überprüfungen festgestellt wurde, katastrophal waren. Die Internierten waren zumeist in Baracken untergebracht, denen selbst die elementarste Ausstattung fehlte. Häufig bestand die Einrichtung nur aus mehreren Reihen Liegepritschen. Ein NKVD-Bericht vom Oktober 1945 beschreibt den Zustand des Arbeitsbataillons Nr. 1205 im Gebiet Vorošilovgrad, der keinen Ausnahmefall, sondern eher die Regel darstellte, wie folgt: „Die Zone, in der 623 Menschen untergebracht sind, ist nicht für den Winter vorbereitet. Das Gebäude hat eine kapitale Renovierung nötig [...] Die Liegepritschen sind in zwei Reihen dicht an dicht. Die Zone hat kein Waschhaus, keine Wäscherei, keine Krankenstation, kein Wasser, keine Kantine. Im Gebäude herrscht Enge. 0,8 Quadratmeter Fläche kommen auf eine Person. [...] Schmutziges Geschirr liegt auf den Pritschen und Fensterbänken herum. [...] Nur 70 Prozent des Kontingents sind mit Matratzen versorgt, der Rest schläft auf den nackten Holzpritschen. Die Zone ist voll von Müll. [...] Die Internierten waschen sich nicht. Als Folge der schlechten sanitären Bedingungen kam es im Bataillon zum Ausbruch von Unterleibstypus und Darmerkrankungen. [...] Maßnahmen zur Beseitigung des Ausbruchs wurden nicht ergriffen. Das Kontingent ist verlaust, da es keine regelmäßige sanitäre Behandlung gibt und es an Unterwäsche mangelt. Die medizinische Versorgung ist unzureichend. Es gibt kein ärztliches Personal. [...] Erkrankungen und Todesfälle nehmen zu. Der physische Zustand des Kontingents verschlechtert sich zunehmend, ein immer geringerer Anteil kann zur Arbeit eingesetzt werden.“⁵⁰

Für den Arbeitseinsatz wurden die Internierten von sowjetischen Ärzten je nach ihrer Arbeitsfähigkeit in vier Leistungsgruppen eingeteilt. Frauen mussten gleichermaßen Schwerstarbeit leisten wie die Männer und wurden in Bereichen eingesetzt, die in den meisten europäischen Ländern Männerdomänen darstellten. Im Bergbau wurden die Internierten – einschließlich der Frauen – zu 70 Pro-

48 Vgl. RGVA, F. 1p, Op. 4a, D. 21, Bl. 3.

49 Vollständiger Wortlaut der Anordnung in: Bugaj, Mobilizovat' nemcev, S. 202–206.

50 CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1000, Bl. 117.

zent untertage eingesetzt.⁵¹ Vielen fehlte es an Arbeitskleidung und Schuhen. „Sie werden barfuss und ohne Oberbekleidung zur Arbeit geführt“, heißt es in einem NKVD-Bericht.⁵²

Eine ausreichende Verpflegung erhielten nur diejenigen, die die Arbeitsnorm erfüllten, und dies war der kleinste Teil. Der ehemalige Internierte Alfred Kasper erinnerte sich: „Damit ist die Spirale angedreht. Wer schon zu schwach ist, um seine Norm erfüllen zu können, dessen Verdienst reicht nicht aus, sich auch nur eine warme Suppe zu leisten. Wer sich buchstäblich durch den Tag gehungert hat, kann heute auch das gestrige unzulängliche Minimum nicht mehr verdienen.“⁵³

Ein sozialer Aufstieg war für die Internierten nur durch besonders gute Arbeitsleistungen möglich. Wenn sie die Arbeitsnorm übererfüllten, konnten sie bis zum „Stachanov-Arbeiter“ aufsteigen, was ihnen neben Lohn- und Verpflegungsprämien auch den Vorteil brachte, dass sie von den Aufsehern nicht mehr geschlagen werden durften. Herausragenden Fachkräften wurden in Einzelfällen sogar die sowjetische Staatsbürgerschaft und die Aufhebung der Zwangsinternierung angeboten. Dabei handelte es sich aber um Einzelfälle. Bei den meisten Internierten führten die schlechte Verpflegung und Unterbringung zu ernsthaften Erkrankungen bis hin zum Tod.⁵⁴ Im Oktober 1945 war über ein Fünftel der Internierten im Donbass aufgrund von Krankheit arbeitsunfähig.⁵⁵ Die Ausstattung der Lazarette war derart schlecht, dass die Kranken dort häufig nicht gesund wurden, sondern ihrem Ende entgegen gingen. Bereits in den ersten neun Monaten der Internierung (von Januar bis September 1945) waren in den Arbeitsbataillonen des Bergbaus über zehn Prozent der Internierten umgekommen.⁵⁶ Unfälle machten dabei mit nur vier Prozent einen geringen Teil der Todesursachen aus. Die Mehrzahl der Internierten starb an Dystrophie (28 Prozent) sowie Herz- und Lungenerkrankungen (46,8 Prozent). In einzelnen Arbeitsbataillonen des Bergbaus war innerhalb des ersten Jahres bereits über die Hälfte der Internierten gestorben.⁵⁷ Die moralische Verfassung der Internierten war, wie NKVD-Berichte festhielten, verzweifelt. Die wenigsten glaubten an ihre Rückkehr in die Heimat. Verbreitet war die Ansicht, dass sowieso alle sterben würden.⁵⁸ Den letzten Ausweg sahen einige in der Flucht, die angesichts der Nachlässigkeit des sowjetischen Aufsichtspersonals vielfach auch gelang. Aus dem östlichen Donbass (Gebiet Voroschilovgrad) flohen beispielsweise von Januar bis September 1945 über 1.200 Internierte. Nur ein Fünftel von ihnen wurde gefasst.⁵⁹

51 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1016, Bl. 54–56.

52 CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1000, Bl. 24–27.

53 Kasper, A., Russisches Tagebuch, Januar 1945 – Oktober 1949. Ein Bergmann erlebt fünf Jahre Deportation im Donezbecken, Amberg 1993, S. 39.

54 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 1830, Bl. 73–77.

55 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1016, Bl. 54–56.

56 CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1016, Bl. 56; D. 1000, Bl. 24–27.

57 Vgl. RGVA, F. 1p, Op. 4a, D. 51, Bl. 17–20.

58 CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1000, Bl. 24–27.

59 CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1000, Bl. 24–27.

Die obersten Sowjetbehörden bemühten sich eindringlich um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Internierten, erließen bereits im Sommer 1945 und zuletzt im August 1948 mehrfach entsprechende Verordnungen und überprüften auch deren Umsetzung. Alle Versuche blieben jedoch zunächst ohne Erfolg, was vor allem auf die mangelnde Umsetzung der Vorgaben durch die Bergbaubetriebe zurückzuführen war. Eine spürbare Verbesserung der Lebensumstände der Internierten und eine Liberalisierung ihres Lageralltags setzten erst ab 1948 ein, als sich ihre Zahl schon deutlich reduziert hatte.⁶⁰

Die Lebensbedingungen der westlichen Kriegsgefangenen waren vielfach besser, obwohl für beide Gruppen offiziell die gleichen Regeln bezüglich der Unterbringung und Verpflegung galten. Dies hing vor allem mit unterschiedlichen Unterstellungsverhältnissen zusammen. Anders als die Kriegsgefangenen, für die über den gesamten Zeitraum die Staatliche Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (GUPVI) zuständig blieb, wurden die Internierten mit Beginn ihres Arbeitseinsatzes in die Verantwortung der Volkskommissariate der jeweiligen Wirtschaftsbranche überstellt. Für den Bergbau war das Volkskommissariat für Kohlenbergbau zuständig. Dieser Umstand erwies sich für die Internierten als massiver Nachteil, denn die Bergbaubetriebe zeigten kaum Interesse am Erhalt der Gesundheit und Arbeitskraft dieser Zwangsarbeiter, wie NKVD-Berichte kritisierten. In den Lagern der Internierten gab es viel Raum für Willkürherrschaft und Lebensmittelschiebereien, die dazu führten, dass die Lagerinsassen ihre Mindestrationen nicht zugeteilt bekamen. Dagegen sicherte die GUPVI den Kriegsgefangenen durch zentralisierte Versorgung und strenge Lagerordnung eher den überlebensnotwendigen Mindeststandard. Im Resultat war die Todesrate, die bei den Internierten über 25 Prozent betrug, bei den deutschen Kriegsgefangenen mit 15 Prozent deutlich geringer.⁶¹

Am oberen Ende der Zwangsarbeiter-Skala standen die repatriierten Sowjetbürger. Im Donbass gab es drei große Filtrationslager, in denen die Repatriierten vom NKVD überprüft wurden. Diese mehrere Monate dauernde Überprüfung beinhaltete die Durchleuchtung des familiären und sozialen Umfeldes vor 1941 sowie des Aufenthaltsortes und der Tätigkeit im Westen. Das Ziel war die „Entlarvung von Vaterlandsverrätern, Spionen, Helfershelfern und anderen zweifelhaften Personen“. Alle Repatriierten standen aufgrund der Tatsache, dass sie im Ausland „schädlichen Einflüssen“ ausgesetzt gewesen waren, unter dem Pauschalverdacht des „Vaterlandsverrats“. Insgesamt wurden von den über vier Millionen Repatriierten etwa 600.000 an Arbeitsbataillone überstellt, in denen sie Zwangsarbeit leisten mussten.⁶²

60 Vgl. Bugaj, *Mobilizovat' nemcev*, S. 206–208.

61 Vgl. Karner, S. 31, S. 79. Vgl. zu den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion auch Hilger, A., *Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung*, München 1999.

62 Vgl. Zemskov, V., *K voprosu o repatriacii sovetskich graždan 1941–1955gg.*, in: *Istorija SSSR 4* (1990), S. 26–41; Vgl. zur Repatriierung sowjetischer Kriegsgefangener außerdem: Polian, P.,

Im Donbass waren bis Januar 1946 etwa 100.000 repatriierte Sowjetbürger eingetroffen, von denen der größte Teil als Arbeitskräfte im Bergbau eingesetzt wurde.⁶³ In diesen Arbeitsbataillonen wurden sowjetische Soldaten, die kein anderes Vergehen begangen hatten, als in deutsche Kriegsgefangenschaft zu geraten, und ehemalige „Ostarbeiter“, die im wehrpflichtigen Alter waren, zum Teil gemeinsam mit ehemaligen einheimischen Hilfspolizisten der deutschen Besatzungsmacht und anderen Kollaborateuren eingesetzt. Die Lebensbedingungen der Repatriierten waren allerdings wesentlich besser als die der internierten Deutschen und Kriegsgefangenen. Sie waren in der Regel nicht in geschlossenen Lagern, sondern in Wohnheimen (zum Teil auch bei ihren Angehörigen) untergebracht, die sich laut NKVD-Berichten in „zufriedenstellendem Zustand“ befanden und über eine deutlich bessere Ausstattung als die Lager der Internierten verfügten. Auf die Lebensbedingungen der Repatriierten wirkte sich zudem positiv aus, dass die Bergbaubetriebe ein Interesse daran zeigten, sie nach Ableistung ihrer Zwangsarbeit in die freien Belegschaften zu übernehmen, was bereits nach sechs bis zwölf Monaten möglich war.

Die Sterberaten in den Arbeitsbataillonen der Repatriierten waren daher weit aus niedriger als bei den Internierten. Zu den häufigsten Todesursachen bei den Repatriierten gehörten Arbeitsunfälle, die auf fehlende berufliche Qualifikation zurückzuführen waren. Beschwerdebriefe der Repatriierten an die Leitungen der Bergwerksbetriebe richteten sich häufig weniger gegen materielle Missstände als gegen eine diskriminierende Behandlung von Seiten der Vorarbeiter, von denen sie als „Landesverräter“ betrachtet wurden.⁶⁴

Die Arbeitsleistungen der drei Gruppen von Zwangsarbeitern waren sehr unterschiedlich: Während die Arbeitsleistung der Repatriierten vergleichsweise hoch war und in vielen Betrieben oberhalb der festgesetzten Norm lag, erfüllte bei den Internierten im Sommer 1945 nur etwa ein Fünftel die Arbeitsnorm. Für ein Arbeitspensum, das laut Normvorgaben von ein bis zwei Arbeitern bewältigt werden sollte, waren fünf bis sechs Internierte erforderlich. Bei den Kriegsgefangenen lag der Anteil derjenigen, die die Norm erfüllten, mit nur sechs Prozent noch niedriger.⁶⁵ In vielen Arbeitsbataillonen deckten die Einnahmen aus der Arbeitsleistung der Internierten und Kriegsgefangenen nicht einmal die Kosten für die notwendigsten Aufwendungen in den Lagern. Allerdings sind die Quellen zur

Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung, München/Wien 2001.

63 Ins Gebiet Stalinow waren bis Dezember 1945 42.400 Menschen repatriiert worden und ins Gebiet Worosilowgrad bis Januar 1946 über 60.000 Menschen. Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 1477, Bl. 1–6; F. 1, Op. 76, D. 1083, Bl. 108–110.

64 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1000, Bl. 56–59; F. 1, Op. 76, D. 1083, Bl. 1–7.

65 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1016, Bl. 57–59. Die durchschnittliche Tagesleistung eines Arbeiters in der Kohleförderung betrug im Oktober 1945 (im Kombinat Worosilowgradugol') bei den Internierten 0,46 Tonnen, während sie bei den freien Arbeitern 0,59 Tonnen betrug. Bei den Kriegsgefangenen lag sie mit 0,40 Tonnen noch niedriger. Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1000, Bl. 34–47.

Arbeitsleistung mit gewisser Vorsicht zu behandeln. Wenn Internierte und Kriegsgefangene in den Bergwerken gemeinsam mit freien sowjetischen Arbeitern eingesetzt wurden, was nicht selten vorkam, war – gemäß NKVD-Berichten – bei den sowjetischen Vorarbeitern die Praxis verbreitet, die Arbeitsleistung der Internierten und Kriegsgefangenen teilweise den einheimischen Bergleuten gut zu schreiben. Es zeigte sich, dass die Arbeitsleistung der Internierten und Kriegsgefangenen deutlich höher war, wenn sie in isolierten Brigaden eingesetzt wurden. Insgesamt erbrachten Kriegsgefangene und Internierte, wie Stefan Karner untersucht hat, acht bis zehn Prozent der Arbeitsleistungen des ersten Nachkriegs-Fünfjahrplans der Sowjetunion.

Es bleibt hinzuzufügen, dass auch die Lebensbedingungen der freien Arbeitskräfte im Donbass, insbesondere in den Hungerjahren 1946 bis 1947, sehr schlecht waren. Die Verpflegungsnormen der freien Arbeitskräfte waren kaum höher als diejenigen der Internierten und Kriegsgefangenen. Allerdings besaßen die freien Bergleute häufig etwas Gartenland, aus dem sie zusätzliche Lebensmittel gewannen. Große Defizite gab es bei den freien Bergleuten ebenfalls bei der Wohnungssituation, Trinkwasserversorgung und medizinischen Betreuung.⁶⁶ Auch mit der Freiwilligkeit der Arbeitsleistung war es oft nicht weit her: Nicht wenige waren, wie bereits erwähnt, für den Wiederaufbau zwangsrekrutiert worden. Die Grenzen zwischen freier und unfreier Arbeit konnten sich im Donbass also stark verschieben.

Der Arbeitseinsatz von Lagerhäftlingen

Erstmals wurden in der Nachkriegszeit auch Lagerhäftlinge als Arbeitskräfte im Donez-Bergbau eingesetzt. Nach internen Statistiken des ukrainischen Innenministeriums (MVD) gab es im Oktober 1947 in der Ukraine 137 Arbeits- und Erziehungslager und –kolonien mit insgesamt 142.319 Häftlingen. Dabei handelte es sich überwiegend um Personen, die aufgrund von Verstößen gegen das Strafrecht verurteilt worden waren. Nur ein kleiner Teil von ihnen (19.980) zählte zur Gruppe der in den Augen des Sowjetstaates besonders gefährlichen Verbrecher, die wegen konterrevolutionärer Vergehen gegen den Staat verurteilt worden waren. Die Lagerhäftlinge wurden zum größten Teil (86.573) beim Wiederaufbau der Industriebetriebe eingesetzt. Über 40.585 waren in Lagern im Donbass untergebracht; 12.844 von ihnen wurden im Bergbau eingesetzt.⁶⁷

66 CDAHOU, F. 1, Op. 76, D. 1000, Bl. 37.

67 CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 4941, B. 267–292.

Zwangsarbeit unter deutscher Besatzung⁶⁸

Im Zweiten Weltkrieg standen Teile des Donbass über 22 Monate, von Ende Oktober 1941 bis Anfang September 1943, unter deutscher Besatzung. Die deutschen Besatzungsorgane hatten ein großes Interesse an der Ausbeutung des Steinkohlenreichtums im Donbass, der die Kohlentransporte aus dem Reich für die Wehrmacht und wichtige Rüstungsbetriebe in der besetzten Sowjetunion entlasten sollte. Da die Bergwerke von der Roten Armee bei ihrem Rückzug weitgehend zerstört worden waren, mussten zunächst umfangreiche Wiederaufbaumaßnahmen geleistet werden. Beim Wiederaufbau und bei der Inbetriebnahme des Donez-Bergbaus setzte die zuständige Monopolgesellschaft Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost (BHO)⁶⁹ neben 1.800 deutschen Aufsichtskräften vor allem einheimische Arbeitskräfte ein: insgesamt etwa 90.000 zivile Arbeitskräfte – ein Viertel davon Frauen – und 21.000 sowjetische Kriegsgefangene. Bereits im August 1941 hatte der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete eine allgemeine Arbeitspflicht für alle Einwohner im Alter zwischen 18 und 45 Jahren und einen Arbeitszwang für Juden im Alter von 14 bis 60 Jahren eingeführt. Neben den Arbeitskräften, die vor Ort für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten mussten, wurden über 350.000 Menschen als „Ostarbeiter“ aus dem Donezbecken ins Reich verschleppt. Die Situation der einheimischen Bergleute war unter deutscher Besatzung im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Ausbeutung, weitgehende Rechtlosigkeit, schlechte Versorgung und die Erfahrung von Terror und Gewalt mindestens ebenso schlecht wie die der „Ostarbeiter“, die ins Reich verschleppt wurden.

Die Rekrutierung der lokalen Arbeitskräfte erfolgte ebenso wie bei den „Ostarbeitern“ zum Teil freiwillig – vor allem bedingt durch die schlechten Lebensbedingungen vor Ort – und zum größeren Teil unter Einsatz von Gewalt. Dabei stand die Bereitschaft der Bevölkerung, im Bergbau zu arbeiten, in engem Zusammenhang mit der wechselnden Ernährungspolitik der Deutschen. Zunächst entsprach diese einer selektiven Hungerpolitik, die die deutsche Führung im Frühjahr 1941 beschlossen hatte und die ein Aushungern der größeren Städte und Industriezentren beinhaltete, während der Landbevölkerung aus pragmatischen

68 Vgl. zum Arbeitseinsatz unter deutscher Besatzung ausführlich und mit Quellen- und Literaturverweisen Penter, T., Zwangsarbeit – Arbeit für den Feind. Der Donbass unter deutscher Okkupation, 1941–1943, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005), S. 68–100 und dies., *Zwischen Hunger, Terror und einer „glücklichen Zukunft“*. Der Arbeitseinsatz im Steinkohlenbergbau des Donezbeckens unter deutscher Besatzung 1941 bis 1943, in: K. Tenfelde/H.-C. Seidel (Hrsg.), *Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg*, Bd. 1: *Forschungen*, Essen 2005, S. 433–466.

69 Mit der Verwaltung und Ausbeutung des Steinkohlenbergbaus war zunächst der Wirtschaftsstab Ost betraut worden. Im März 1942 übernahm dann die BHO diese Aufgabe. Sie war im August 1941 als Monopolgesellschaft von Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsgruppe Handel und den Wirtschaftsgruppen Bergbau und eisenschaffende Industrie gegründet worden und stand unter der Leitung des Generaldirektors der Reichswerke „Hermann Göring“ AG Paul Pleiger.

Gründen eine Grundversorgung zugestanden wurde. Die arbeitende Bevölkerung erhielt Lebensmittelzuteilungen von 325g Brot täglich – die Angehörigen bekamen gar nichts. Daneben erhielten die Arbeiter Lohnzahlungen, die sich an den sowjetischen Vorkriegstarifen orientierten und durch die Preisinflation auf den Schwarzmärkten quasi wertlos waren. Diese Hungerpolitik hatte zur Folge, dass ein Großteil der Bergbaubevölkerung in den ersten Monaten der Besetzung versuchte, auf das Land abzuwandern oder sich durch Tauschhandel mit der Landbevölkerung Lebensmittel zu verschaffen. Unter diesen Bedingungen war es für die Besatzungsbehörden zunächst schwer, Arbeitskräfte zu rekrutieren. Neben der wirtschaftlichen Funktion sollte der Arbeitseinsatz auch dazu dienen, Arbeitskräfte an die Stadt zu binden und eine Abwanderung auf das Land zu verhindern. Die Arbeitsämter ergriffen „zur Bekämpfung des Arbeitsunwillens“ massive Zwangsmaßnahmen, wie Razzien, Passkontrollen, Einführung von Prügel- und Haftstrafen. Die Wirtschaftsinspektion Süd meldete im April 1942 zur Lage der zu diesem Zeitpunkt etwa 24.000 bei der BHO beschäftigten Bergleute: „Der Ernährungszustand der Leute ist zum Teil derartig schlecht, dass sie vor Entkräftung kaum arbeiten und vielfach nur durch Zwang zum Erscheinen zur Arbeit veranlasst werden können.“⁷⁰ Selbst der „Reichseinsatz“ erschien zu diesem Zeitpunkt für einige Arbeiter attraktiver als der hungrige Arbeitseinsatz vor Ort, vor allem weil die Werber für den „Reichseinsatz“ deutlich höhere Verpflegungsrationen in Aussicht stellten. Als die Wahrheit über die Arbeits- und Lebensbedingungen der „Ostarbeiter“ im Reich zunehmend bekannt wurde, ging die Zahl der freiwilligen Meldungen jedoch bald wieder zurück.

Seit der Jahresmitte 1942 gerieten die Rekrutierungen für den „Reichseinsatz“ in zunehmende Konkurrenz zu dem wachsenden lokalen Arbeitskräftebedarf, insbesondere an Fachkräften. Mit wachsendem Arbeitskräftemangel wuchs das Interesse der deutschen Besatzungsbehörden an einem Erhalt der Arbeitskraft, und man verbesserte nicht nur die Lebensmittelversorgung der Bergleute, sondern führte auch Leistungsprämien ein. Die „Erhaltung und Vermehrung der Arbeitskraft“ und die möglichst vollständige Erfassung aller vorhandenen Arbeitskräfte wurden für die Besatzungsorgane zur vorrangigen Parole. Zur Steigerung der Arbeitsleistung wurde nicht nur die Arbeitszeit von 48 auf 54 Wochenstunden erhöht, sondern wurden auch vielerorts Akkordarbeit und Leistungsprämien eingeführt. Das Ergebnis all dieser Maßnahmen war ein deutlicher Anstieg der Förderleistung und Arbeitsproduktivität.

Zugleich wurden, um den steigenden Arbeitskräftebedarf vor Ort und im Reich zu decken, aber auch wieder verstärkt Zwangsmaßnahmen zur Mobilisierung von Arbeitskräften durchgeführt, wie Razzien an öffentlichen Plätzen, nächtliche Wohnungsdurchsuchungen und Menschenjagden. Der Mehrheit der Bevölkerung war der „Reichseinsatz“ zu diesem Zeitpunkt bereits weitaus ver-

70 Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd von April 1942, in: BA-MA, RW 31, 431.

hasster als der Einsatz vor Ort. Die Beschäftigung im Donez-Bergbau konnte sogar einen gewissen Schutz vor der Deportation ins Reich bieten.

Sowohl für die Bergleute im Donbass als auch für ihre Landsleute im Reich galt, dass die Arbeitsverhältnisse auf längere Sicht nicht gelöst werden konnten und sie weitgehend rechtlos waren. Zudem bestand eine massive lohnrechtliche Benachteiligung gegenüber den deutschen Bergleuten im Donbass, für die der Einsatz im Osten trotz aller Schwierigkeiten vor Ort in den meisten Fällen bessere Verdienstmöglichkeiten und beruflichen Aufstieg bedeutete.

Anders als die „Ostarbeiter“ im Reich waren zumindest die Zivilarbeiter im Donbass nicht in Lagern untergebracht, sondern lebten in ihren eigenen Wohnungen und Familienverbänden, was für viele der Betroffenen sicher einen bedeutenden Vorteil gegenüber dem „Reichseinsatz“ darstellte. Sie besaßen daher etwas größere Mobilitätsfreiräume und konnten ihre gewohnten Sozialbeziehungen und Netzwerke aufrechterhalten. Das Zugeständnis an Mobilität war dringend erforderlich, damit die Familien – angesichts der mangelhaften Versorgung – durch regelmäßige Hamsterfahrten auf das Land ihr Überleben sichern konnten. Es gab im Donbass allerdings auch einige wenige Arbeitslager, in denen die Internierten wegen Verstößen gegen die Besatzungsordnung zur Strafe Zwangsarbeit leisten musste.

Neben den zivilen Arbeitskräften setzte die BHO in der zweiten Jahreshälfte 1942 vorübergehend auch etwa 21.000 sowjetische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte im Bergbau ein. Der Arbeitseinsatz dieser Kriegsgefangenen, deren Sterblichkeit in den Bergbaulagern monatlich über zwölf Prozent betrug, stellt ein besonders dunkles Kapitel in der Geschichte des Donez-Bergbaus unter deutscher Besatzung dar. Von den unmenschlichen Zuständen, die in den Kriegsgefangenenlagern in Stalino herrschten, zeugen die Erinnerungen der wenigen Überlebenden: „Auf dem Gelände des Lenin-Clubs existierte ein Kriegsgefangenenlager mit Lazarett, das zeitweilig bis zu 20.000 Kriegsgefangene beherbergte. Die Gebäude, in denen die Kriegsgefangenen untergebracht waren, besaßen keine Glasscheiben. Zum Aufwärmen der Gebäude, in denen sich bis zu 1.000 Menschen befanden, wurden am Tag fünf Kilogramm Kohle ausgegeben. Es kam zu Fällen massenweisen Erfrierens. Es gab keine Waschküchen. Die Leute wuschen sich oft ein halbes Jahr nicht und litten an einer riesigen Zahl von Parasiten. In den heißen Sommermonaten erhielten die unter der Hitze leidenden Kriegsgefangenen oft drei bis fünf Tage kein Trinkwasser. Bei jedem kleinsten Anlass wurden sie von den Deutschen mit Stöcken und Kolben verprügelt. [...] Es gab am Tag 1.200g Brot für acht Personen. Das Brot wurde aus qualitativ schlechtem, verbranntem Mehl gemacht. Zudem gab es einmal täglich eine warme Suppe aus einer geringen Menge verbrannter Kleie, manchmal mit Zugabe von bis zu einem Liter Holz-Sägemehl. [...] Als Resultat eines solchen Regimes war die Sterblichkeit im Lager sehr hoch, erreichte bis zu 200 Menschen täglich.“⁷¹

71 Archiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Gebiet Donec'k (ASBUDO), F. 1, D. 60090, T. 5, Bl. 154, 180.

Obwohl die Lohnkosten für die Kriegsgefangenen nur etwa halb so hoch waren wie für die Zivilarbeiter, erwies sich der Kriegsgefangeneneinsatz aufgrund der geringen Arbeitsproduktivität für die BHO als wenig rentabel.

Die Arbeitsbeziehungen unter der deutschen Besatzung wurden nicht ausschließlich von Gewalt bestimmt. Es existierte vielmehr eine Kombination aus Terror, Leistungsanreizen und Mobilisierungspropaganda. Um die Arbeitsleistung zu steigern, griff man sogar auf alte sowjetische Methoden zur Leistungsmotivation zurück und gebrauchte ähnliche Propagandamotive wie die Sowjetmacht in den 1930er Jahren. Die deutschen Vorgesetzten scheinen es zudem stillschweigend toleriert zu haben, dass täglich bis zu einem Viertel der Belegschaft fehlte, um sich auf dem Land mit Lebensmitteln zu versorgen. Eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau der zerstörten Bergwerke spielten zahlreiche einheimische Ingenieure und Spezialisten, die sich durch die Kooperation mit den Deutschen materielle Vorteile verschaffen und ihre Lebensbedingungen etwas verbessern konnten.

Insgesamt konnte im Besatzungszeitraum eine deutliche Wiederaufbauleistung und Steigerung der Kohlenförderung erreicht werden. Mit einer maximalen Tagesförderung von 15.000 Tonnen wurde das von der BHO seit Dezember 1942 angestrebte Förderziel von 30.000 Tonnen täglich, das bis Ende 1943 auf 50. bis 60.000 Tonnen und bis Ende 1944 auf über 100.000 Tonnen gesteigert werden sollte, allerdings bei weitem nicht erreicht. 30.000 Tagestonnen wären erforderlich gewesen, um die gesamten Kohlentransporte von Oberschlesien, die den Hauptanteil des deutschen Nachschubs in die besetzte Sowjetunion darstellten, zu ersetzen. Die Gesamtförderung von 4,071 Millionen Tonnen im Besatzungszeitraum war weniger als die Hälfte einer durchschnittlichen Monatsproduktion im Ruhrrevier und entsprach nur fünf Prozent der jährlichen sowjetischen Vorkriegsförderung. Dagegen beliefen sich die Steinkohlenlieferungen in die besetzten sowjetischen Gebiete von 1941 bis Ende August 1943 auf 17,48 Millionen Tonnen. Dennoch: Obwohl nur ein Bruchteil der Vorkriegsproduktion erzielt werden konnte, führte dies doch zu einer nicht zu unterschätzenden Entlastung des Kohlenbergbaus im Reich, die bei einem anderen Kriegsverlauf noch wesentlich an Bedeutung gewonnen hätte.

Schlussfolgerungen

Fragt man nach der Funktion von Zwangsarbeit im Donbass, so ist für beide Herrschaftssysteme eine gewisse Multifunktionalität festzustellen. In der Sowjetunion unter Stalin reichte das Spektrum von der Bestrafung und Umerziehung über die wirtschaftliche Ausbeutung bis hin zur Kontrolle und Sowjetisierung. Auch unter der deutschen Besatzung diente der Arbeitseinsatz der lokalen Bevölkerung im besetzten Gebiet nicht ausschließlich den wirtschaftlichen Interessen, sondern war auch ein Herrschaftsinstrument zur Kontrolle der Bevölkerung. Zudem gab es Arbeits- und Erziehungslager, die ebenso wie im Sowjetsystem zur Bestrafung eingesetzt wurden.

Im Hinblick auf den Aufbau der beiden Zwangsarbeitergesellschaften ist erkennbar, dass in beiden Herrschaftssystemen eine hierarchische Untergliederung von Arbeitskräften existierte, die einherging mit abgestuften Freiheitsrechten und besseren oder schlechteren Lebensbedingungen. Während das sowjetische System jedoch prinzipiell durchlässiger war und auch den unfreien Arbeitskräften – selbst den Ausländern – die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs durch besondere Leistungen in Aussicht stellte, war die soziale Mobilität der Zwangsarbeiter im NS-System deutlich stärker begrenzt. Die Rassenunterschiede blieben das dominante Kriterium, das jegliche Integration in die deutsche Gesellschaft verhinderte.⁷² Das NS-System räumte zwar spezifische Aufstiegschancen innerhalb der Gruppe der Ausländer ein, so dass Personen, die besonders bereitwillig kollaborierten und sich den Besatzungsbehörden gegenüber als loyal erwiesen, in privilegierte Positionen in den einheimischen Verwaltungsorganen aufsteigen konnten. Aber auch in diesen Fällen blieben die massiven Unterschiede zwischen den Arbeits- und Lebensbedingungen deutscher Arbeitskräfte und ausländischer Zwangsarbeiter zu meist unüberbrückbar. Dagegen zeichneten sich die Lebensumstände freier und unfreier Arbeitskräfte, Sowjetbürger und Ausländer, in der Sowjetunion oft durch eine viel stärkere Annäherung aus. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Donbass nur in verhältnismäßig geringem Umfang (und auch nur über einen kurzen Zeitraum in der Nachkriegszeit) Lagerhäftlinge als Arbeitskräfte eingesetzt wurden. Es schien das Prinzip gegolten zu haben, dass im Donbass nur die – aus Perspektive des Sowjetstaates – weniger gefährlichen „Volksfeinde“ eingesetzt wurden, während die als gefährlich erachteten Delinquenten in die unwirtschaftlichen weiter östlich gelegenen Regionen Sibiriens gebracht wurden.

Neben den Unterschieden gab es auch Gemeinsamkeiten der Zwangsarbeit unter beiden Herrschaftssystemen, die aus der Perspektive der regionalen Bevölkerung im Donbass besonders deutlich sichtbar werden. Zunächst einmal zeichneten sich beide Systeme durch eine ausgeprägte Wirtschaftsrationale aus. Zudem waren die Arbeitsverhältnisse sowohl im stalinistischen System als auch unter der NS-Herrschaft durch ein Nebeneinander von Zwang und Freiräumen geprägt. Freiräume konnten sich beispielsweise in einer Tolerierung von traditionellen Wanderbewegungen zwischen Stadt und Land und dem damit einhergehenden (zum Teil saisonbedingten) unerlaubten Fernbleiben von der Arbeit äußern. Die Tolerierung von Grauzonen und Freiräumen scheint sowohl im Stalinismus als auch im Nationalsozialismus entscheidend zur Systemstabilisierung beigetragen zu haben. Außerdem setzten beide Systeme zur Steigerung der Arbeitsleistung spezifische Methoden der Leistungsmotivation ein. Interessanterweise griffen die

72 Ethnische Säuberungen waren allerdings auch in der Sowjetunion unter Stalin nicht unbekannt. So waren vor und im Zweiten Weltkrieg – als Kollektivstrafe für Kollaborationsversuche – ganze Völker (Deutsche, Koreaner, Kalmücken und Krimtataren sowie die nordkaukasischen Völker der Balkaren, Inguschen, Karatschaier und Tschetschenen – insgesamt etwa zwei Millionen Menschen) in Viehwaggons nach Asien deportiert und zur Zwangsarbeit verpflichtet worden. Naimark, „Flammender Hass“, S. 111–139.

deutschen Besatzungsbehörden im Donbass-Bergbau alte sowjetische Methoden des „sozialistischen Wettbewerbs“ wieder auf. Auch die propagandistische Mobilisierung für den Arbeitseinsatz, bei der die Besatzungsorgane ähnliche Zukunftsvisionen sowie Modernisierungs- und Fortschrittsmotive wie die sowjetische Propaganda in den 1930er Jahren verwendeten, wies starke Parallelen auf. Die bestechenden Kontinuitäten in den Arbeitererfahrungen im Stalinismus und unter deutscher Besatzung sind wohl vor allem darauf zurückzuführen, dass die stalinistische Kommandowirtschaft bereits den Charakter einer permanenten Notstandswirtschaft besaß.⁷³ Dieser permanente Ausnahmezustand setzte sich in den ersten Nachkriegsjahren beim Wiederaufbau fort.

Unter beiden Herrschaftssystemen stellte die Arbeit im Bergbau zudem in gewisser Weise einen Schutzraum dar, der Rettung vor schlimmerer Verfolgung bieten konnte: Zu Beginn der 1930er Jahre fanden im expandierenden Bergbau viele Kulaken Unterschlupf, die ansonsten der Entkulakisierungskampagne und Deportation nach Sibirien zum Opfer gefallen wären.⁷⁴ 1939 bot die Arbeit im Bergbau des Donbass jüdischen Flüchtlingen aus der Westukraine Schutz vor einer Deportation nach Sibirien und möglicherweise noch schlechteren Arbeits- und Lebensbedingungen, und unter deutscher Besatzung bewahrte der Bergbau seine Beschäftigten manchmal vor dem Verhungern, der Verfolgung und der Deportation ins Reich.

Fragen wir nach dem wirtschaftlichen Nutzen von Zwangsarbeit im Donbass unter beiden Systemen, so sind hier wie dort gewisse Erfolge feststellbar. In den 1930er Jahren erfuhr der Bergbau im Donbass eine enorme Entwicklung, die sich an rasant steigenden Produktionszahlen bei gleichzeitiger Zunahme der Arbeitsproduktivität ablesen lässt. Zudem gelang es offenbar, die zwangsmobilisierten Arbeitskräfte, die aus unterschiedlichen sozialen, ethnischen und kulturellen Kontexten kamen, durch eine Kombination aus Zwängen und Methoden zur Leistungsmotivation in immer stärkerem Maße an den Bergbau zu binden und sozial zu integrieren, wobei der Staat allerdings auch Zugeständnisse machen musste. In der Nachkriegszeit erfolgte der Wiederaufbau der Bergwerke in relativ kurzer Zeit, wobei Kriegsgefangene und Internierte einen beachtlichen Anteil der Arbeitsleistungen des ersten Nachkriegs-Fünffahrplanes der Sowjetunion erbrachten. Unbestreitbar scheint auch für die Besatzungszeit der große wirtschaftliche Nutzen des Arbeitseinsatzes von Sowjetbürgern für die deutsche Kriegswirtschaft. Obwohl im Donbass-Bergbau nur ein Bruchteil der Vorkriegsproduktion erzielt werden konnte, bedeutete die erreichte Fördermenge eine nicht zu unterschätzende Entlastung für den Kohlenbergbau im Reich. Der extensive Einsatz von unfreier und halbfreier Arbeit kann als Kompensation für die Ineffektivität der zentralen Pla-

73 Vgl. Fitzpatrick, *War and Society*; Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*, S. 645; Neutatz, D., *Die Moskauer Metro. Von den ersten Plänen bis zur Grossbaustelle des Stalinismus (1897–1935)*, Köln, Wien 2001, S. 13.

74 Vgl. Kuromiya, H., *Freedom and Terror in the Donbas. A Ukrainian-Russian Borderland, 1870s–1990s*, Cambridge 1998, S. 156–159.

nung bei der Rekrutierung und Verteilung freier Arbeitskräfte gesehen werden.⁷⁵ Der Vergleich zeigt zudem noch etwas anderes: Die Verbindung von Arbeit und Zwang war immer dann besonders effektiv, wenn sie einherging mit Leistungsanreizen und sozialen Aufstiegsmöglichkeiten.

Zwangsarbeit und Regionalentwicklung

Welche Bedeutung besaß die unfreie Arbeit für die regionale Entwicklung des Donbass? Wie stellten sich die verschiedenen Erfahrungen mit Zwangsarbeit aus der Perspektive der Bewohner des Donbass dar?

Zunächst ist festzustellen, dass die historische Entwicklung des Donbass geprägt war von verschiedenen Migrationsbewegungen zwischen Stadt und Land sowie von Zu- und Abwanderung von Arbeitskräften. Der Zustrom von neuen Arbeitskräften entsprang aus sehr unterschiedlichen ethnischen, sozialen und kulturellen Kontexten. Dazu gehörten auch Ausländer und potenzielle Verfolgte des Regimes, wie ehemalige Kulaken, die im Donbass Unterschlupf fanden. Der Faktor Arbeit trug maßgeblich zur regionalen Integration einer rasant anwachsenden, in vielfacher Hinsicht überaus heterogenen Bevölkerung bei. Wie in einem Schmelztiegel wurden über die gemeinsame Arbeitserfahrung im Bergbau soziale und kulturelle Gegensätze zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung sowie Gegensätze zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen ausgeglichen.⁷⁶ Zugleich entstand dadurch bei den Bewohnern des Donbass eine besonders ausgeprägte regionale Identität. Dies war von der Sowjetregierung, die über die Identifikation mit dem Betrieb und mit der Region bei den Arbeitskräften Leistungssteigerungen erzielen wollte, sogar gefördert worden. Beispielsweise organisierten die Sowjetbehörden entsprechende Propaganda-Kampagnen und spezifische Formen des sozialistischen Wettbewerbs wie regionale Wettbewerbe zwischen dem Donbass und dem sibirischen Kuzbass. Weniger stark ausgeprägt war dagegen – ganz wider Erwarten – bei diesem bunten Bevölkerungsgemisch die Unterstützung für die Sowjetmacht, was der Sowjetregierung beim Einmarsch der Deutschen eindringlich vor Augen geführt wurde: Laut deutschen Stimmungsberichten hatten die Bewohner des Donezbeckens die Besatzer zunächst mit „großem Zutrauen“ und

75 Vgl. Fitzpatrick, *War and Society*, S. 37–52.

76 Das Donezbecken stellte innerhalb der Ukraine eine Sonderregion dar: In ethnischer Hinsicht war die Bevölkerung, die aus drei Millionen (61 Prozent) Ukrainern und 1,5 Millionen (32 Prozent) Russen sowie etwa 95.000 Griechen, 85.000 Juden, 64.000 Deutschen, 40.000 Weißrussen, 24.000 Tataren und 15.000 Polen bestand, deutlich heterogener und weniger ukrainisch als in anderen Teilen der Ukraine. Die Angaben beziehen sich auf die Volkszählungsdaten von 1939 für die Gebiete Stalino und Worosilowgrad. Vgl. Obid'onova, O. V., *Zminy v nacional'nomu skladi naselennja Donec'koho basejnu v 20–30-ti roky XX stolittja*, in: *Novi storinky istorii Donbasu*. Statti, Knyha 6, Donec'k 1998, S. 142–152.

einem „Hochgefühl, vom Bolschewismus befreit zu sein“, empfangen.⁷⁷ Zuvor hatten Bergleute in mehreren Bergwerken des Donbass versucht, die Zerstörung der Industrieanlagen durch die Rote Armee im Zusammenhang mit Stalins Befehl der „verbrannten Erde“ zu verhindern. Eine Arbeiterdemonstration war vom NKVD durch Erschießungen und Verschleppungen unterdrückt worden.⁷⁸ Mit der Zerstörung des Betriebs und damit der Lebensgrundlage war für viele Bewohner des Donbass offenbar die Grenze der Loyalität zur Sowjetmacht erreicht.⁷⁹ Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die deutschen Besatzungsbehörden, die die Bedeutung der regionalen Identität im Donbass erkannten, ihrerseits versuchten, diese in der Propaganda auszunutzen, um die Loyalität der Bevölkerung zu gewinnen.

Versteht man den Donbass als Erfahrungsraum – wobei Erfahrungen nicht unbedingt selbst gemachte individuelle Erfahrungen sein müssen, sondern auch über das soziale Gedächtnis⁸⁰ tradierte, fremde Erfahrungen sein können –, so ist festzustellen, dass die deutsche Besatzung für die Bergleute im Donbass nur zum Teil grundlegend Neues brachte und in hohem Maße an ältere Erfahrungen unter der Sowjetherrschaft anknüpfte: Die Verbindung von Arbeit und Zwang, Lebensmittelrationierung, Hunger und Terror hatte die Bevölkerung bereits unter Stalin in den 1930er Jahren erfahren. Möglicherweise erklärt dies den vergleichsweise geringen Widerstand der Bevölkerung gegen das Besatzungsregime und eine größere Bereitschaft als andernorts, den alltäglichen Terror unter den Deutschen zu ertragen.

77 Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom April 1942, Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), RW 31/431.

78 Vgl. dazu den Bericht der Wirtschaftsinspektion Süd, Russisches Staatliches Militärarchiv (RGVA), F. 1458, Op. 40, D. 221, Bl. 280. Kurz vor dem Einmarsch der Deutschen hatte die Bevölkerung vielerorts im Donbass durch Proteste, Demonstrationen und Plünderungen ihrem Unmut gegenüber den Vertretern der Sowjetmacht, die durch die Zerstörungen und den Abtransport von Industrieanlagen und Lebensmitteln ihre Lebensgrundlage vernichteten, Luft gemacht. Vgl. dazu Kuromiya, *Freedom and Terror*, S. 263 ff.

79 Vgl. dazu Pentec, T., *Die lokale Gesellschaft im Donbass unter deutscher Okkupation 1941–1943*, in: *Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus*, Bd. 19: *Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939–1945*, 2003, S. 183–223.

80 Vgl. Welzer, H. (Hrsg.), *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung*, Hamburg 2001.